

Detmolder Alternative -Opposition von unten-

Haushaltsrede am 13.12.2017 für das Haushaltsjahr 2018 Ratsherr Heinz-Jürgen Keller

Herr Bürgermeister,
meine Damen und Herren im Rat,

die fortgesetzten Einsparungen in allen
Bereichen des Haushalts 2017 und die
zu erwartenden positiven Veränderungen
im Bereich Einkommenssteuer,
Gewerbesteuer,
Schlüsselzuweisungen und Umsatzsteuer-
anteil , bescheren dem ablaufenden
Haushalt 2017 einen Überschuss von
voraussichtlich über 2,3 Mio. Euro. 1

Ein wesentlicher Anteil des Haushaltsüberschusses/Verringerung der Kredite/Gesamtschulden erbrachte das Landesprogramm „Gute Schule 2020“. Die Stadt Detmold erhält daraus für die Jahre 2017-2020 Kredite in Höhe von jährlich insgesamt 1,4 Mio. Euro zur Verfügung. Zinsen und Tilgungsleistungen laufen über 20 Jahre. Das Land NRW hilft der Stadt Detmold im Rahmen einer Schuldendiensthilfe.

Ohne diese Kredite, meine Damen und Herren, sähe die Entwicklung des Gesamtschuldenstandes wesentlich schlechter aus.

Für das Haushaltsjahr 2018 bedeutet dieser Überschuss, dass Detmold in naher Zukunft wohl keine Haushaltssicherung zu befürchten hat. Mit diesem Geld sollten nach meiner Meinung wichtige bestehende soziale Projekte/Ausgaben gesichert und weitere notwendige Projekte für sozial

benachteiligte Bürger und BürgerInnen in Detmold finanziert werden.

Aber meine Damen und Herren, diesem guten Haushaltsergebnis stehen erhebliche Risiken gegenüber, die bei aller Freude beachtet werden müssen.

Da wäre an erster Stelle die Gewerbesteuer zu nennen, die Haupteinnahmequelle der Stadt Detmold. Wie schnell es in diesem Bereich zu massiven Einnahmeverlusten kommen kann, hat uns die Vergangenheit gezeigt. Ein weiteres Risiko ist die Kreisumlage, denn diese Pflichtzahlung ist nicht konstant und somit für die Haushaltsplanung schwer einzuschätzen. Hinzu kommen Risiken für die Stadt durch die fehlende Weiterleitung der Integrationspauschale an die Kommunen durch das Land NRW-eben Belastung des städtischen Haushalts³

-und die Krankenhausfinanzierung.

Detmold zahlt in 2017 :419.000 Euro. Wie hoch wird der Betrag in 2018 sein?

Ein Risiko für den städt. Haushalt ist auch der Ankauf von Teilen der ehemaligen Britensiedlung. Teilweise über Kassenkredite soll der Ankauf in Höhe von über 6,5 Mio Euro finanziert werden (Ratsbeschluss vom 16.11.2017).

Was ist aber, wenn die Stadt Detmold Grundstücke/Häuser nicht verkaufen oder vermieten kann? Auch wenn die Kassenkredite sehr günstig zu haben sind, belasten sie zukünftig den Haushalt.

Auch wenn der Haushalt 2017 mit einem Überschuss abschließt- Gründe habe ich genannt- müssen wir uns kurz die Gesamtschuldensituation der Stadt Detmold anschauen:

Die Investitionskredite steigen von 163,3 Mio. Euro in 2017 auf 178,4 Mio. Euro in 2019;

Die Kassenkredite steigen von 18,3 Mio Euro in 2017 auf 34,1 Mio. Euro in 2020;

und die Gesamtschulden steigen von 181,6 Mio. Euro in 2017 auf 211,9 Mio. Euro in 2019.

Ab 2020 soll laut Prognose des Kämmerers die Gesamtverschuldung bis 2021 auf 194,7 Mio. Euro sinken.

Ob diese Prognose zu halten ist, ist doch sehr fraglich. Risiken habe ich ja oben schon aufgeführt.

Meine Damen und Herren, es gab in den letzten Haushaltsjahren und auch für zukünftige Haushaltsjahre haushalts-

politische Entscheidungen ,überwiegend von SPD und CDU, die zu weiteren Haushaltsbelastungen führten oder noch führen werden:

Parkhaus Finanzamt,
hinzu kommt ein jährl. Defizit von ca. 122.000 Euro;

Investitionen in marode Parkhäuser;

Geplante neue Parkhäuser;

Geplante neue Stellflächen für Autos;

Maßnahmen aus dem ISEK- Programm- der Kaiser-Wilhelm-Platz wird nur 1/2 finanziert;

Kauf und Umbau Facharztzentrum;

Gewerbegebiet Balbrede;

Ankauf Teilfläche Britensiedlung;

um nur einige Maßnahmen zu nennen.

Meine Damen und Herren, zu den schon durchgeführten Maßnahmen und Vorhaben für den Automobilverkehr in Detmold habe ich in meiner Haushaltsrede für das Haushaltsjahr 2017 schon ausführlich Stellung bezogen.

Ich möchte an dieser Stelle noch mal betonen, dass die Detmolder Politik zu einer umweltfreundlicheren Verkehrs-Politik kommen muss, damit die Klimaziele- CO₂-Ausstoß bis 2020 zu verringern auch erreicht werden können. Leider zeigen neueste Untersuchungen auf Bundesebene, dass die Klimaziele wohl nicht erreicht werden- eher steigen die CO₂- Werte noch an.

Nach einer Studie der OPEC werden bis 2040 zwei Milliarden Autos weltweit zugelassen sein. Der Verbrauch an Rohöl steigt noch rund 25 Jahre lang. Nur 15 % der Fahrzeuge haben alternative Antriebe. Feinstaub und Stickoxide sind in hohen Konzentrationen in den Städten vorhanden. Vom Umweltbundesamt wird der Verkehr als wichtigste Schadstoffquelle benannt. In 89 Städten wurden die Grenzwerte für Stickoxide überschritten. Die Europäische Umweltagentur kommt zu dem Schluss, dass durch die Schadstoffe in der Luft es zu 44.960 vorzeitigen Todesfällen im Jahr 2015 in Deutschland gekommen ist.

Das Bündnis Bahn fordert schon länger eine umfassende Verkehrswende- Vorstellungen, die über das Auto und deren Veränderungen hinausgehen. Ein Auswechseln der Antriebssysteme löst 8

nach ihrer Meinung nicht das Problem. Es bleiben Strassenbau, Unfälle, der verbrauchte Platz.

Meine Damen und Herren, es gibt eine Vielzahl von Alternativen, um den individuellen Straßenverkehr zu reduzieren und den Ausstoß von CO₂ damit zu verringern. In meiner Haushaltsrede für das Haushaltsjahr 2017 nannte ich ihnen schon einige von vielen Möglichkeiten.

Um doch noch mal auf den Detmolder Straßenverkehr zu kommen, möchte ich aus dem Schreiben der BGU e. V. -Bürger gestalten ihre Umwelt- vom 06.07.2017 zitieren. Dieses Schreiben war an den Fb 6 gerichtet und thematisiert die „Stadtentwicklung im Norden der Stadt“ u. a. eine Veränderung des innerstädt. Tempo-limits/Verkehrsverteilung/

Mehrbelastung.

Zitat:

„Wenn die Verwaltung aber darauf verweist, dass durch die neue Planstraße der Verkehr gerechter verteilt, das Verkehrsaufkommen dadurch nicht verstärkt wird, widersprechen wir.

Ausreichende Studien widerlegen dies ganz klar. Ökonomen haben Straßenbau und Verkehrsaufkommen untersucht. Diese Studien zeigen deutlich, dass mehr Straßen zwangsläufig ein höheres Verkehrsaufkommen nach sich ziehen“.

Zitat ende.

Meine Damen und Herren,
dieser Aussage kann ich mich nur voll anschließen.

Die Stadt Detmold darf darum in

10

Zukunft keine Anreize mehr für die Fahrt mit dem Auto in die Innenstadt -in Form von Parkhäusern, Parkplätzen und ausgebauten Straßen- geben.

Meine Damen und Herren, in Zeiten des knappen Geldes ist besonders darauf zu achten, dass nicht an falscher Stelle gespart wird- ich meine damit im sozialen Bereich, bei den sozial benachteiligten Bürger und Bürgerinnen und den ganz Armen dieser Stadt.

Für das Haushaltsjahr 2018 habe ich – wie sie schon sicherlich bemerkt haben- keine Anträge gestellt.

In den vergangenen Haushaltsjahren galten meine Anträge den sozial Bedürftigen dieser Stadtgesellschaft, damit sie am kulturellen und sozialen Leben

teilnehmen können. Leider wurden diese Anträge immer wieder mehrheitlich vom Rat abgelehnt und habe deshalb für das Haushaltsjahr 2018 darauf verzichtet.

Zur Erinnerung:

- Reduzierung der Gebühren Stadt-
bibliothek
- jährl. 6000 Euro für die Flüchtlingshilfe
- Renovierung der städt. Notunterkünfte
- Reduzierung der Gebühren Musikschule
Detmold
- jährl. Erstellung eines Sozial- Armuts-
Berichts
- Reduzierung der Eintrittspreise Aqualip
- Hundesteuerbefreiung
- Finanzierung einer unabhängigen Bera-
tungsstelle „Widerspruch“

12

um nur einige zu nennen.

Meine Damen und Herren,

in diesem Zusammenhang möchte ich kurz auf die letzte Bundestagswahl zurückkommen:

Mit Entsetzen haben wir wohl alle hier die Ergebnisse der AfD in einzelnen Stimmbezirken der Stadt Detmold zur Kenntnis genommen.

Überwiegend in den Sozialräumen 8/9 und 10 -Hidesser Berg und Herberhausen- mit einem hohen Kinderanteil, hoher Arbeitslosigkeit, hohe SGB II-Quote und hoher AusländerInnenanteil erzielte die AfD hohe zweistellige Prozentzahlen. Aber auch in anderen Sozialräumen- eher ländlich- kam die AfD auf zweistellige Prozentzahlen.

Sicherlich stellten wir uns alles hier nach der Wahl die Frage, warum so viele Detmolder Bürger und Bürgerinnen die AfD gewählt haben? Eine Partei, die rassistisch, frauenfeindlich, unsozial und undemokratisch ist!

Sind diese Wähler und Wählerinnen wirklich alle rechtsextremistisch, islamfeindlich, homophob, antiziganistisch und feindlich gegenüber Geflüchteten eingestellt?

Leider zeigen neue Studien , dass 52,2 % der AfD Anhänger rechtsextremes Gedankengut haben.

Wir wissen alle, dass die AfD auf die Ängste der Bürger und BürgerInnen setzen:

-Angst vor Arbeitslosigkeit

- Angst vor Veränderungen/Kultur
- Angst vor Flüchtlingen/Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt
- Angst vor Abbau der sozialen Leistungen u. a. m.

In dieser Situation ist auch die kommunalpolitik gefragt. Was können wir als Rat tun, damit die Bürger und Bürgerinnen in Detmold die AfD bei der nächsten Kommunalwahl in NRW nicht wählen und somit nicht in Fraktionsstärke in den Detmolder Rat einziehen?

Ich denke, wir müssen den Bürgern verdeutlichen, dass die AfD keine Alternative ist und eher eine Politik gegen sozial Benachteiligte betreibt -
ALG I privatisieren/ALG II abschaffen/
Sozialhilfe abschaffen etc.-

Wir als KommunalpolitikerInnen dürfen auch nicht zulassen, dass Stadtteile/Sozialräume entstehen, in denen nur Bürger und BürgerInnen wohnen, die größtenteils von der wohlhabenden Stadtgesellschaft abgehängt wurden.

Haushalts-Anträge der SPD und CDU zu Sozialräumen und Kinderarmut sind ermutigend, sind aber nur ein Tropfen auf dem heißen Stein.

Wir müssen den BürgerInnen in den betreffenden Stadtteilen mehr Aufmerksamkeit schenken, sie mehr einbinden in die Stadtgesellschaft, ihre Ängste und Sorgen ernst nehmen. Denn nur so können aufkommende Ängste und ein Gefühl von Ausgegrenzt sein verhindert werden.

schreibt dazu:

„Das Werkzeug der Rechten ist seit jeher die Angst. Sie wird systematisch verstärkt und geschürt. Wenn es den an der Demokratie interessierten Kräften nicht gelingt, den „Rohstoff“ Angst, der heute womöglich noch demokratischer-sozialistischer Bindungen fähig wäre, aufzugreifen und in ein aufklärerisches Projekt zu integrieren, werden politische Scharlatane und falsche Propheten ihn für ihre Zwecke nutzen. Nur wenn es gelingt, den auf dem Wettbewerb beruhenden Existenzkampf zu beenden und den ständigen Einsatz der Ellbogen überflüssig machen, wird der rassistische Furor aufhören, die Menschen zu beherrschen.“

Meine Damen und Herren,

17

vielleicht entwickeln sie aufgrund meiner

gehaltenen Rede in Zukunft mehr Sensibilität für meine Haushaltsanträge. Zeigen sie uns doch heute, dass sie notwendig waren und in den kommenden Haushaltsjahren notwendig sind.

Weil nach meiner Meinung immer noch zu viel Geld für unnötige Projekte ausgegeben wird, und ich meine Vorstellungen von Sozialpolitik größtenteils im Haushalt 2018 nicht wiederfinde, lehne ich diesen ab und stimme dagegen.

Ich danke für Aufmerksamkeit.

